

# KEINE ROMANTIK – DIE ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

von Konstantin Kreiser

*Leicht aktualisierte Fassung eines Textes, der am 25.11.2021 im Buch „Mondnacht – Fünf vor Zwölf“ erschienen ist. Der im Trabantenverlag erschienene Band präsentiert 21 politische Essays zur Klimakrise und 168 Gedichte aus fünf Jahrhunderten. \**

## Vom blühenden Mohn zum Höfesterben

Das Bild, das uns Malerei und Literatur von der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts zumeist zeichnen, ist eines von der Romantik eines (klein-)bäuerlichen Lebens, einer harten, aber glücklichen Arbeit von Großfamilien in idyllischer Natur. Offene Landschaften, von blühendem Mohn durchsetzte Feldraine und Vieh, das im Schatten von Bäumen ruht. Dieses Bild, heute weiter poliert und modernisiert durch die Werbung der Lebensmittelwirtschaft, bestimmt oft die (zumindest unbewusste) Idealvorstellung einer intakten Landwirtschaft.

In der Realität hatte man es damals mit einer bereits über Jahrhunderte von Bodenbearbeitung ausgelaugten, an Nährstoffen verarmten, weitgehend entwaldeten und oft überweideten Landschaft zu tun.<sup>1</sup> Die Bauernfamilien versuchten unter zunehmenden Schwierigkeiten ihre eigene Ernährung und ein karges Auskommen zu sichern. Klimaschwankungen kombiniert mit politischen Unsicherheiten führten immer wieder zu Armut, Hunger und Auswanderungswellen aus Europa.

Für die Biodiversität, also die Vielfalt an Lebensräumen und an Tier- und Pflanzenarten, war die Ausbreitung der Landwirtschaft in den letzten Jahrhunderten eher förderlich. Gerade dort, wo statt dunkler Wälder eine kleinräumige, offene Landschaft mit Hecken, Mauern, Tümpeln und wechselnden Brachflächen entstanden war, stieg die Artenvielfalt stark an. Natürliche, von wilden Pflanzenfressern offen gehaltene Waldsteppen und Graslandschaften gab es nicht mehr, später verschwanden mit der Begradigung der Flüsse die großen Überschwemmungsgebiete. Viele Insekten und Vögel des Offenlands fanden in der Agrarlandschaft eine Ersatzheimat, zumal diese mit ihren nährstoffarmen Standorten viele Nischen für die Spezialisten unter den Tieren und Pflanzen bot. Das 19. Jahrhundert wurde damit auch zu einer Art Leitbild des heutigen Naturschutzes, in dem beispielsweise „Sand- oder Kalkmagerrasen“ zu besonders wertvollen und geschützten Habitaten zählen.

Den Wendepunkt bildete die Mitte des 20. Jahrhunderts. Hier kehrte sich das Bild drastisch um. Die Entwicklung synthetischer Dünger, die Mechanisierung und der chemische Pflanzenschutz begannen die Produktivität der Landwirtschaft in nie gekannte Höhen schnellen und gleichzeitig die Artenvielfalt abstürzen zu lassen. Die mageren bunten Wiesen wurden fett, grün und eintönig, die Nutztierbestände und mit ihnen die Gülle nahmen zu, zurück ging die Vielfalt an Sorten und Rassen, die Äcker wurden dank chemischem Pflanzenschutz um ein Vielfaches ertragreicher, die Insektenwelt rasant ärmer. Laut Deutschem Bauernverband erzeugte ein Landwirt um 1900 Nahrungsmittel in einem Umfang, von dem etwa vier Personen ernährt werden konnten. 1950 ernährte ein Landwirt zehn und 2017 schon 140 Personen.<sup>2</sup>

---

\* Gregor Gysi, Gert Scobel u.a. (2021): Mondnacht - Fünf vor Zwölf. Herausgegeben von Chris Verfuß und Felix Erdmann. Trabantenverlag. [www.trabantenverlag.de/produktseite/mondnacht-fuenf-vor-zwoelf](http://www.trabantenverlag.de/produktseite/mondnacht-fuenf-vor-zwoelf)

Der technische Fortschritt machte es nicht nur möglich, die Nahrungsmittelknappheit nach den Weltkriegern schnell zu besiegen, sondern verwandelte die Landwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte in eine profitable Branche, die unter anderem von der zunehmenden (auch weltweiten) Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten profitierte. Ziel war es nun, sich im globalen Wettbewerb um die niedrigsten Kosten zu behaupten. Dies gelang auch dank der massiven Subventionierung durch Steuergelder. Hiervon profitieren bis heute all diejenigen Agrarbetriebe, die viel und billig produzieren können, aber auch die Konzerne, die die dazu notwendigen Dünger, Pestizide und Futtermittel produzieren oder mit ihnen handeln. Wir Konsument\*innen haben uns unterdessen daran gewöhnt, einen immer kleineren Teil unseres Einkommens für Lebensmittel ausgeben zu müssen. In der Zeit der sozialistischen Planwirtschaft entwickelte sich in Mittel- und Osteuropa und der Sowjetunion ebenfalls eine hochsubventionierte Agrarwirtschaft, die – auf Kosten der Natur – für günstige Lebensmittel sorgte.

Die milliardenschwere „Subventionsmaschine“, die in der EU aufgebaut wurde, trägt den Namen „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) – und umfasst heute ein Volumen von rund 50 Milliarden Euro im Jahr. Zunächst zur Behebung der Lebensmittelknappheit eingesetzt, folgte sie dann dem Ziel, einen Wirtschaftssektor zu fördern, dem man spezielle Bedeutung zumaß. Die Agrarpolitik ist bis heute einer der wenigen auf EU-Ebene gänzlich vergemeinschafteten Politikbereiche und betrifft über 40 Prozent der EU-Landfläche. Gerechtfertigt wird dieser größte Posten des EU-Haushalts heute vor allem mit dem Narrativ der „Bauernfamilien“, die unterdurchschnittliches Einkommen, aber ein Übermaß an Umweltvorschriften ertragen müssten. Die Steuerzahler müssten diese Weltmarkt-Nachteile ausgleichen. Allerdings werden die Zahlungen weder nach sozialer Bedürftigkeit der betroffenen Haushalte vergeben (sondern überwiegend nach reiner Agrarfläche), noch gibt es transparente Zahlen zu den Wettbewerbsnachteilen (oder -vorteilen), die durch Umweltauflagen entstehen.

Die Agrarsubventionen haben das rasante Verschwinden von bäuerlichen Betrieben nicht verhindert, allenfalls gebremst. Die Zahl der Betriebe hat sich seit 1960 von 1,5 Millionen (im Gebiet der damaligen Bundesrepublik) auf heute gut 265.000 in Deutschland reduziert.<sup>3</sup>Weil der größte Teil der Subventionen pauschal pro Fläche gezahlt wird, nützen diese vor allem denjenigen, die wachsen – viele Betriebe aber weichen. Die Grundeigentümer erhöhen zudem entsprechend die Pacht, sodass Landwirt\*innen, die nicht selbst Eigentümer\*innen ihrer Flächen sind, oft wenig von der staatlichen Hilfe haben, sondern sie oft gleich an die Verpächter\*innen weiterreichen müssen. Nutznießer der GAP wurden auf diese Weise vor allem eine relativ kleine Gruppe von Großbetrieben und die mit ihnen verbundene Industrie. Mit schlagkräftigen Lobbyorganisationen und einer engen Verflechtung mit Politik und Verwaltung gelang es ihnen über Jahrzehnte, den stetigen Geldfluss aus Brüssel sicherzustellen. Die alle sieben Jahre stattfindenden Reformen der GAP fielen so meist sehr zaghaft aus. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, dass die Agrarsubventionen in einigen EU-Staaten direkt in die Taschen von politischen Eliten und organisiertem Verbrechen fließen. Diese Staaten sind es auch, die gerne mit Vetos bei EU-Haushaltsverhandlungen drohen, um Kürzungen der Subventionen zu verhindern.<sup>4</sup>

### **Die Vernichtung der Vielfalt**

Der Hunger in Europa ist Vergangenheit, die Lebensmittel sind gut und billig, die Landwirtschaft weltweit konkurrenzfähig. Die auf Fachmessen immer wieder stolz präsentierte Bilanz trägt jedoch. Auf der Verliererseite findet sich seit den 1960er-Jahren nicht nur eine riesige Anzahl von aufgegebenen Betrieben, die das Rennen um die Billigproduktion nicht mehr mitmachen konnten oder wollten. Die Art, wie in Deutschland und der EU überwiegend Lebensmittel, Futtermittel und sogenannte Bioenergie angebaut werden, hat zu einer dramatischen Vernichtung von

landwirtschaftlicher, landschaftlicher und biologischer Vielfalt geführt. Die Grenzen der Tragfähigkeit der Natur sind vielerorts überschritten. Durch die Düngung belastetes Grundwasser und Meere, die Anreicherung von Pestiziden in Gewässern und Nahrungsketten, die Trockenlegung von Mooren und die Vernichtung von Hecken, Feldrainen und Feuchtgebieten – all das hat zu katastrophalen Bestandseinbrüchen bei Insekten, Amphibien und Vögeln geführt. Es besteht ein breiter wissenschaftlicher und mehrfach von den Regierungen bestätigter Konsens, dass die Landnutzung die Hauptursache für das Artensterben in Deutschland, Europa und weltweit ist. Eine weitere Folge der immer intensiveren Bewirtschaftung ist eine beachtliche Menge an Treibhausgasen, die im Zusammenhang mit der Produktion von Lebens- und Futtermitteln sowie Energiepflanzen ausgestoßen wird. Unabhängig vom eigenen Beitrag der Landwirtschaft zur Klimakrise auf den im folgenden Abschnitt eingegangen wird untergräbt die intensive Landwirtschaft auch ihre eigenen Chancen, den kommenden häufigeren Extremwetterlagen etwas entgegenzusetzen. Auf verdichtetem Agrarboden läuft Wasser schlecht ab und verstärkt Hochwasser, ohne Hecken können Wind und Hitze ungehindert angreifen und den Bodenabtrag erhöhen. Wenn Brachen und Gehölze fehlen, leidet die natürliche Kontrolle von Schädlingen, da deren gefiederte Fressfeinde keine Nistmöglichkeiten mehr finden. Einstige Allerwärtsarten wie das Rebhuhn oder der Kiebitz haben seit 1980 mehr als 90 % ihres Bestandes eingebüßt, vor allem weil Futter und Lebensräume fehlen.

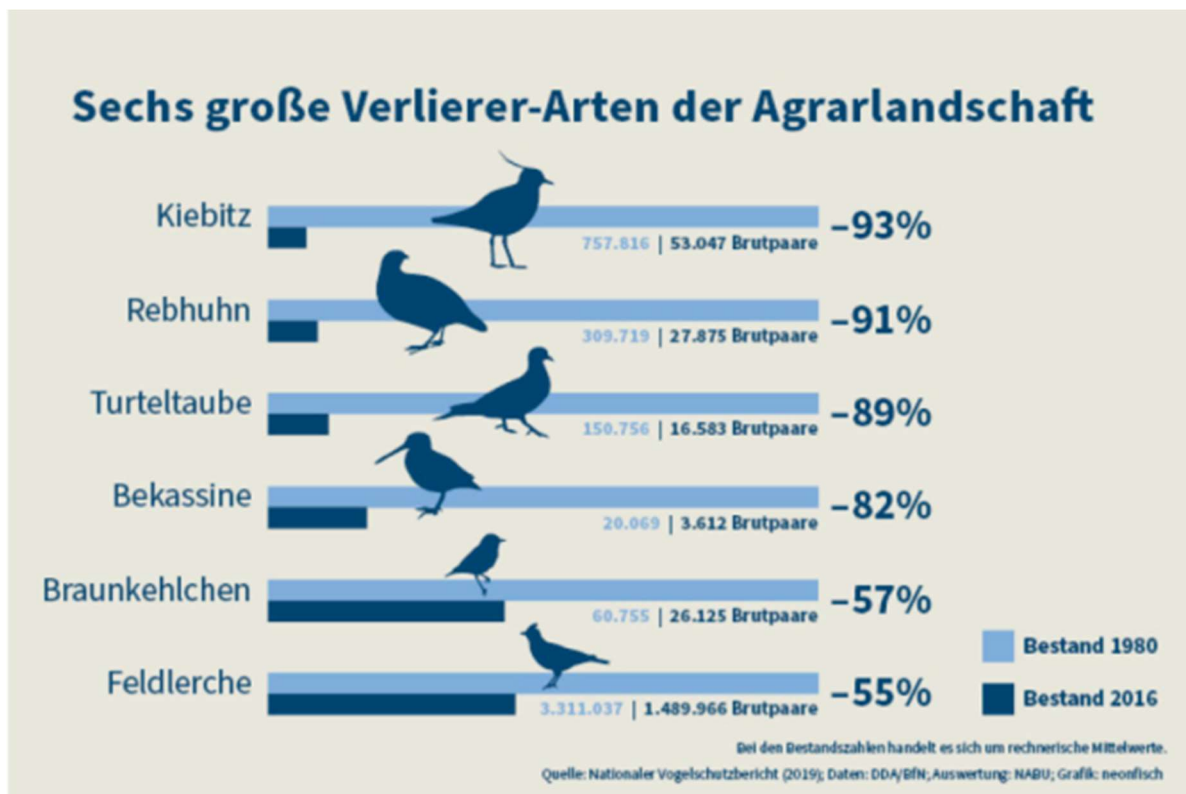


Abb. 1: Kiebitz und Rebhuhn haben seit 1980 über 90 Prozent ihres Bestandes verloren.<sup>5</sup>

Diese zerstörerischen Entwicklungen konnten im Übrigen kaum durch die in vielen Bereichen entstandenen staatlichen Umweltvorgaben eingedämmt werden. Während die Industrie und auch die privaten Haushalte mit relativ strengen Regeln für den Umgang mit Gift- und Abfallstoffen belegt wurden, während die Planung von Straßen, Fabriken und Kraftwerken die Folgen für Artenvielfalt, Grundwasser oder Luft berücksichtigen und minimieren muss, erhielt die Landwirtschaft weitgehende Ausnahmen im Naturschutzrecht, solange sie einer kaum definierten „guten fachlichen Praxis“ folgt.<sup>6</sup>

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es begrüßenswert, wenn Landwirt\*innen auf eigene Kosten sozusagen in Vorleistung gehen. Im Jahr 2018 hätten die Betriebe, so verkündete der Deutsche Bauernverband, fast 120.000 Hektar Blühfläche angebaut, was einem fünf Meter breiten blühenden Band entspräche, das knapp sechs Mal um die Erde reichen würde. Das klingt beeindruckend, notwendig wäre nach Ansicht vieler Wissenschaftler\*innen und der EU-Biodiversitätsstrategie aber etwa das Zehnfache, nämlich mindestens 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche.<sup>7</sup> Hinzu kommt, dass der Nutzen solcher Blühflächen für Insekten und Vögel sehr stark von ihrer Ausgestaltung, Größe und Vernetzung abhängt.

Ohne eine Änderung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ist eine naturverträgliche Landwirtschaft selbst beim besten Willen der Betriebsinhaber\*innen nicht möglich. Versuche, die gesetzlichen Bestimmungen und das Förderrecht entsprechend zu ändern, waren jedoch in jüngster Zeit nur dann erfolgreich, wenn der Druck von Gerichten oder aus der Bevölkerung sehr groß war. Erst nach jahrelangen Verhandlungen mit Brüssel und der Verurteilung Deutschlands vor dem Europäischen Gerichtshof wurde die Düngeverordnung zaghafte und immer noch nicht ausreichend verschärft. Erst nach mehreren Volksinitiativen in deutschen Bundesländern und einem großen Medienecho im Zuge des Insektensterbens erfolgte eine stärkere Regulierung von Pestiziden, zumindest in Schutzgebieten. Auch die Verhandlungen zur letzten GAP-Reform, die die Agrarförderung der Jahre 2023–2027 regelt, stand im Zeichen einer neuen „Grünen Architektur“ – herausgekommen ist in Brüssel allerdings nur ein Minimalkompromiss, der es letztlich jedem EU-Mitgliedstaat offenlässt, wie viel Natur- und Klimaschutz er der Landwirtschaft abverlangt. Das Ergebnis ist auch in Deutschland noch offen. Angesichts des gemeinsamen Binnenmarkts und des Lobbydrucks ist jedoch davon auszugehen, dass nur wenige Regierungen den Mut haben werden, mehr als das von Brüssel verlangte Minimum zu tun.

### **Die Landwirtschaft im Schatten der Klimadebatte**

In den Jahren der Corona-Pandemie und im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 ist es in Deutschland stiller geworden um die schleichende Krise des Artensterbens, obwohl sie sich nicht verlangsamt hat und mindestens so existenziell bedrohlich ist wie die Erderhitzung. Das Thema Klimaschutz tritt jedoch durch immer schlimmere Flut- und Brandkatastrophen ins Rampenlicht und es besteht Hoffnung, dass auf diesem Weg auch der überfällige ökologische Wandel in der Landwirtschaft doch noch vorangetrieben wird.

In den Schlagzeilen zur Klimapolitik spielt die Landwirtschaft bisher jedoch eher eine Nebenrolle, der Fokus liegt auf den Energie-, Verkehrs- und Gebäudesektoren. Die Landwirtschaft trägt in Deutschland mit über 13 Prozent jedoch direkt zum Ausstoß von Treibhausgasen bei (vgl. Kastentext). Rechnet man vor- und nachgelagerte Bereiche des gesamten Ernährungssystems hinzu, kommt man nach aktuellen Gutachten<sup>8</sup> sogar auf rund ein Drittel. Hinzu kommen die Treibhausgase, die für die Produktion von unseren Lebensmitteln anderswo in der Welt emittiert wurden.

#### **Die Treibhausgasemissionen von Landwirtschaft und Ernährung in Deutschland<sup>9</sup>**

Die wesentlichen Gründe, warum die Landwirtschaft in Deutschland mit 8,6 Prozent zur Überhitzung der Erdatmosphäre durch Treibhausgase beiträgt (hinzu kommen noch weitere 4,8 Prozent durch sogenannte Landnutzungsänderungen), liegen in der Tierhaltung und in der Düngung. Verdauende Wiederkäuer, vor allem Rinder, aber auch Schafe und Ziegen, sind für das hoch wirksame Treibhausgas Methan (CH<sub>4</sub>) verantwortlich. Von ihnen stammen rund ein Drittel der Emissionen. Die Lagerung und

Ausbringung von Mist, Gülle, pflanzlichem sowie mineralischem Dünger führt zu weiterem Ausstoß von Treibhausgasen, vor allem in Form von Lachgas (N<sub>2</sub>O). Die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden und der Umbruch von Grünland führen zur Freisetzung von im Boden gebundenem Kohlendioxid.

Will man die klimabelastende Wirkung des gesamten Agrar- und Ernährungssektors in Deutschland abschätzen, kommen zu den oben beschriebenen Emissionen der Landwirtschaft von 106 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten noch 22 Millionen aus vorgelagerten (Herstellung von Dünger und landwirtschaftlicher Ausrüstung) sowie 80 – 128 Millionen aus nachgelagerten Treibhausgasquellen (Verarbeitung, Transport und Zubereitung von Lebensmitteln) hinzu. Hiermit wäre man dann bei bis zu einem Drittel der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen, die auf das Konto von Landwirtschaft und Ernährung gehen.

Hier noch nicht eingerechnet sind zusätzlich die Emissionen, die im Ausland durch Agrarprodukte entstehen, nach Deutschland exportiert werden (grob geschätzt ca. 40 Millionen CO<sub>2</sub>-Äquivalente).

Die Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft sind in den letzten Jahren kaum gesunken. Während zum Beispiel im Energiesektor in der nächsten Zeit durch politische Maßnahmen weitere Fortschritte zu erwarten sind, gibt es in der Landnutzung bisher kaum Anzeichen für einen echten Wandel in Richtung Klimaneutralität. Die erwähnte EU-Agrarpolitik (GAP) wird in den nächsten Jahren wohl nicht klimafreundlich werden. Dennoch rechnet die EU-Kommission pauschal 40 Prozent der GAP-Subventionen als Klimaschutzausgaben an, was auch nach Ansicht des Europäischen Rechnungshofs jeder Rechtfertigung entbehrt.<sup>10</sup> Je weiter jedoch die Politik aus Mangel an Mut Reformen verschleppt, desto größer wird bald der relative Beitrag der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen sein. Dann wird die Notwendigkeit für Landwirtinnen und Landwirte erdrückend sein, in kurzer Zeit große und teure Veränderungen umzusetzen. Die Mutlosigkeit in der Agrarpolitik treibt also nicht nur die Kosten der Umweltzerstörung für uns alle immer weiter in die Höhe, sondern riskiert auch die ökonomische Zukunft vieler Betriebe.

### **Wege aus der Krise**

Es gibt inzwischen eine Vielzahl politisch verabschiedeter Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft und ihrer Naturverträglichkeit, sei es im „Green Deal“ der Europäischen Union (vgl. Kastentext) oder im Klimaschutzgesetz der deutschen Bundesregierung. Welche Maßnahmen notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen, ist vielfach beschrieben und in Pilotprojekten erprobt. Was fehlt, ist die großräumige Umsetzung.

### **Ziele des EU Green Deals (Auswahl)**

#### **Klimaziele**

- > Klimaneutralität der EU bis 2050 und Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent
- > Klimaneutralität des Landnutzungssektors (u.a. Land- und Forstwirtschaft) ab 2035
- > Schaffung von Kohlenstoffsenken im Umfang von 310 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten bis 2030

#### **Biodiversitätsziele bis 2030**

- > Stopp des Verlusts der Artenvielfalt und Verbesserung des Zustands von 30 Prozent der Arten und Lebensräume

> 10 Prozent Anteil nicht-bewirtschafteter Flächen in der Agrarlandschaft für die Artenvielfalt

**Ziele für Ernährung und Landwirtschaft bis 2030 (sog. Farm-to-Fork-Strategie)**

> Nachhaltige Lebensmittelproduktion

> Verringerung des Einsatzes und des Risikos von chemischen Pestiziden um 50 Prozent

> Reduzierung des Düngemiteleinsatzes um mindestens 20 Prozent

> Ökolandbau auf 25 Prozent der EU-Agrarfläche

Im Sinne des Klima- und Naturschutzes sind die wichtigsten und wirksamsten Maßnahmen wohl eine drastische Reduzierung der Nutztierbestände, eine Wiederherstellung von Mooren als Kohlenstoffsenken, eine deutliche Reduzierung von Pestiziden und Düngung sowie die Schaffung von ausreichend nicht-bewirtschafteten Flächenanteilen in der Agrarlandschaft.

Es gibt bereits eine Fülle von guten Ideen, Projekten und technischen Innovationen für eine nachhaltige Landwirtschaft. Doch damit diese eine Chance auf breite und schnelle Umsetzung haben, muss die Politik Chancengleichheit herstellen. Betriebe, die sich auf den Weg in Richtung Klimaneutralität und Naturverträglichkeit machen, müssen mehr gefördert werden als solche, die dies nicht tun, und es darf nicht mehr erlaubt sein, sich Wettbewerbsvorteile auf Kosten von Allgemeingütern wie Klima, Natur und Grundwasser zu verschaffen. Im Folgenden einige Vorschläge, die größtenteils mit den Forderungen aus Wissenschaft, Umwelt- und Agrarverbänden übereinstimmen:

Zunächst sollte ein möglichst EU-weites Leitbild und ein einheitlicher rechtsverbindlicher Rahmen die Grundregeln für eine klimaneutrale und naturverträgliche Lebensmittelproduktion festlegen. Darauf aufbauend muss ein intelligentes Förderrecht dafür sorgen, dass sich naturverträgliche Landwirtschaft lohnt und dass die staatliche Honorierung von öffentlichen Leistungen zielgenau und wirksam ist.

Die künftige finanzielle Förderung durch den Staat sollte drei Ziele haben:

Erstens sollte der Staat mit Steuergeldern für eine längere Übergangszeit Investitionshilfen und Beratung finanzieren, um landwirtschaftlichen Betrieben die Chance auf eine planungssichere und risikoarme Neuausrichtung auf einen Markt zu geben, der „Klasse statt Masse“ belohnt und auch öffentliche Leistungen wie den Naturschutz einkommenswirksam honoriert. Dazu gehören auch gesteigerte Fördermittel für den Um- und Abbau der Tierhaltung sowie die Ausweitung des ökologischen Landbaus.

Zweitens muss die bisherige GAP-Flächenprämie schnellstmöglich abgelöst werden von einer Honorierung von konkreten Erfolgen im Natur- und Umweltschutz, zum Beispiel durch ein Punktesystem, das die Umweltbilanz eines Betriebs belohnt. Modelle hierfür gibt es bereits, zum Beispiel vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL).

Drittens sollte ein dauerhaftes „Geschäftsfeld Naturschutz“ entwickelt werden, dass es Landwirt\*innen erlaubt, mit gezielten, über das gesetzliche Minimum hinausgehenden Maßnahmen für bedrohte Arten und ihre Lebensräume Geld zu verdienen. Die EU-Agrarpolitik bietet hier mit ihrem großen Budget bei entsprechender Ausgestaltung eine Vielzahl an Möglichkeiten. Auch können regionale Naturschutzkooperativen aufgebaut werden, in denen Landwirt\*innen, Naturschutzverbände und Verwaltung unbürokratischer und zielgenauer als bisher Maßnahmen für die biologische Vielfalt wie den sogenannten „Vertragsnaturschutz“ umsetzen.

Die Wende in der Landwirtschaft wird Geld kosten, vielleicht mehr als die Gesellschaft bisher schon für Agrarsubventionen ausgibt. Es werden zusätzliche Mittel auch aus Haushalten von Bund und Ländern mobilisiert werden müssen. Der NABU schlägt beispielsweise einen nationalen Renaturierungsfonds

von 500 Mio. Euro jährlich vor, um Moore, Grünland und Wälder im Sinne des Natur- und Klimaschutzes zu renaturieren. Gleichzeitig wird die Bepreisung von CO<sub>2</sub>, Nitrat und riskanten Pestiziden debattiert bzw. schon eingeführt. Inwieweit dies nur eine zusätzliche Finanzierungsquelle für die benötigten Aufgaben darstellt oder eine echte Lenkungswirkung entfaltet, bleibt abzuwarten.

Schließlich ist ein „Außenschutz“ für den Binnenmarkt der EU durch Beschränkungen oder hohe Zölle auf Importe notwendig, die auf Kosten des Klimas oder natürlicher Lebensräume wie tropischer Wälder produziert wurden. Auch wenn es nicht stimmt, dass überall auf der Welt niedrigere Umweltstandards herrschen als in der EU, wie gerne von hiesigen Agrarverbänden kolportiert wird: Ein Öko-Dumping durch Importe darf es nicht geben, während gegen einen klimaverträglichen Handel mit sozial fair und ökologisch erzeugten Lebensmitteln nichts einzuwenden ist.

Ganz ohne Treibhausgasemissionen wird die Erzeugung von Lebensmitteln wohl nie vonstattengehen können. Deshalb baut man darauf, dies durch eine sogenannte „Senkenleistung“ kompensieren zu können – durch die Rückführung von Kohlenstoff in den Boden und Humusaufbau („Carbon Farming“). Derzeit scheinen jedoch die Erwartungen an diesen Ansatz, von dem sich viele vielleicht etwas zu schnell auch ein lukratives Geschäftsfeld erhoffen, der technischen Machbarkeit und Messbarkeit vorauszueilen.

### Die Politik ist am Zug

In den letzten Jahren bekam das von Werbung und Agrarverbänden befeuerte Bild einer teils romantischen, teils blitzsauberen Lebensmittelerzeugung erhebliche Risse: Schockierende Zahlen über den Zustand der Insekten und pestizidbelasteter Flüsse, entsetzliche Bilder aus der Massentierhaltung, Gerichtsverfahren gegen Deutschland wegen zu hoher Nitratwerte im Grundwasser, aber auch die zunehmende Unzufriedenheit der Landwirt\*innen selbst, wurden deutlich. Menschen gingen immer häufiger auf die Straße und erzwangen in Bundesländern neue Regeln und Förderprogramme zum Insektenschutz. Klimaschutz wurde zum Top-Thema bei der Europawahl 2019. Der danach vereinbarte „Green Deal“ der EU enthält eine Vielzahl ambitionierter Ziele im Bereich Klima, Umwelt und Naturschutz – auch für die Landwirtschaft (siehe Kastentext).

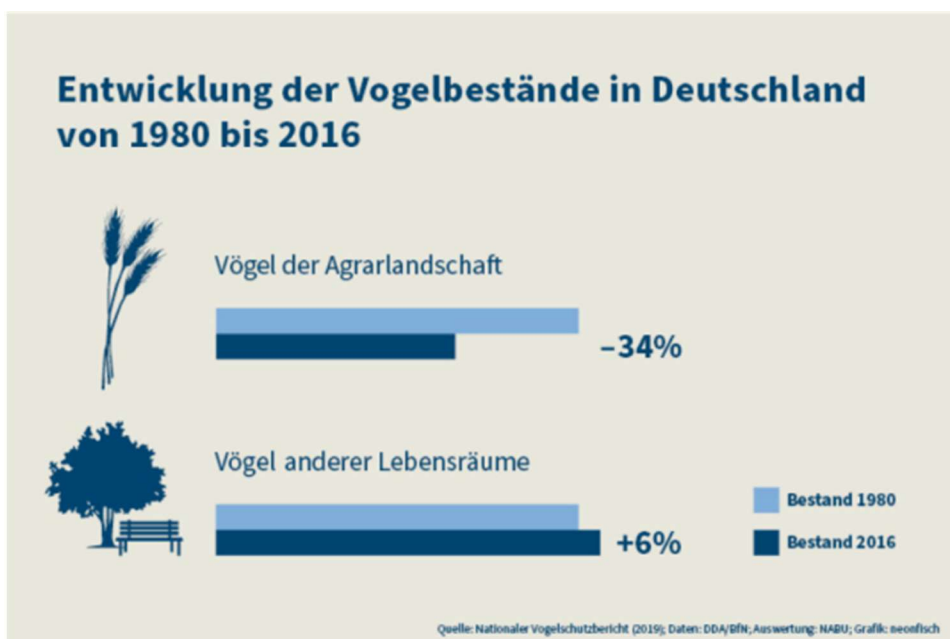


Abb. 2: Rückgang der Vögel der Agrarlandschaft verglichen mit denen anderer Lebensräume<sup>11</sup>

Auch die Bundesregierung kam unter Zugzwang: Ein ambitioniertes Aktionsprogramm für den Insektenschutz wurde vorgestellt, das aber umgehend zu massiven Protesten von Agraraktivist\*innen führte, die mit grünen Kreuzen vor dem Untergang ihrer Branche warnten. Letztlich gelang es der Bundesagrarministerin Julia Klöckner, ein geplantes Insektenschutzprogramm erheblich abzuschwächen. Gleichzeitig stoppte sie eine Strategie zur Renaturierung von Mooren. Bundeskanzlerin Angela Merkel berief unterdessen alle wichtigen Akteure in eine „Zukunftskommission Landwirtschaft“, die monatelang (von September 2010 bis Juni 2021) tagte. Deren Abschlussbericht, unterstützt von Umwelt-, Tierschutz-, Agrar- und Industrieverbänden sowie Wissenschaftler\*innen, enthält eine Fülle wichtiger Empfehlungen für die Zukunft, darunter auch einige, die wissenschaftliche Beiräte der Bundesregierung in Gutachten schon zuvor veröffentlicht hatten. So wird nun einhellig das Ende der GAP-Flächenprämien gefordert.<sup>12</sup> Mitten im Bundestagswahlkampf 2021 erging zudem ein bahnbrechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das künftige Bundesregierungen auf mehr Klimaschutz verpflichtete. Der Ball liegt nun im Feld der Politik.

Bei aller Enttäuschung über das bisher viel zu langsame Tempo: Es sind in den letzten Jahren Schritte nach vorne getan worden. Nicht nur politisch in Brüssel und den Bundesländern, sondern auch in unzähligen innovativen Projekten und Initiativen vor Ort, zu denen sich immer mehr Verbraucher\*innen und Landwirt\*innen zusammentun. Und auch in der gesellschaftlich-medialen Debatte besteht kein Zweifel mehr daran, dass die Landwirtschaft eine echte Transformation braucht, es geht eher um das „wie“ und um das „wie schnell“. Wie die Lage ist und was zu tun ist – das ist längst hinlänglich bekannt. Die Gesellschaft ist bereit – allein es fehlt noch der politische Mut zu handeln.

Den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben geht es nicht darum, die Natur auszubeuten. Sie wollen ihren Hof ökonomisch und ökologisch gesund ihren Nachfolger\*innen übergeben – und sie wünschen sich, dass der Berufstand gesellschaftlich anerkannt wird. Viele wissen sehr gut, dass manches, was sie tun, der Natur schadet, sie brauchen aber die richtigen Rahmenbedingungen, um wirklich etwas dagegen unternehmen zu können. Diese kann nur die Politik setzen.

Ähnlich verhält es sich mit uns als Verbraucher\*innen. Trotz einer wachsenden Zahl gut informierter und engagierter Konsument\*innen kann man nicht wirklich erwarten, dass die meisten im Supermarkt freiwillig und regelmäßig die teureren Produkte wählt, um einen Beitrag zur Rettung der Umwelt zu leisten. Es liegt an der Politik, dafür zu sorgen, dass die klima- und naturschädlichsten Produkte aus den Läden verschwinden und die Preise die wahren Kosten der Natur- und Klimabelastung widerspiegeln. Damit wird vieles teurer werden, der preisliche Abstand der Massen- zur Bioware dürfte schrumpfen. Aber: Billige Lebensmittel sind keine Errungenschaft. Preise künstlich niedrig zu halten, während man weiß, dass Menschen anderswo auf diesem Planeten oder unsere Nachkommen die Rechnung bezahlen werden, ist unsozial und verfassungswidrig. Es ist eine Aufgabe der Sozialpolitik, dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich mit Lebensmitteln zu ernähren, die gesund für Mensch und Planet sind. Wir alle werden aber einen größeren Teil unseres Einkommens als bisher für Lebensmittel ausgeben müssen. Die Lebenswelt unserer Kinder und Enkel sollte es uns wert sein.

### **Effizient... und doch romantisch?**

Landwirtschaft selbst war nie romantisch im Sinne von Idylle und Muße – und sie wird es auch nicht mehr werden. Sie muss eine zunehmende Zahl von Menschen ernähren und gleichzeitig zurück in die ökologischen Grenzen finden, sie ist Spielball von politischen Parteien, die sich mit ihr zu profilieren versuchen, und von Akteuren, die sich an Subventionen bedienen oder mit Land spekulieren wollen. So werden die Betriebe vielerorts geradezu dazu gezwungen, das zu ignorieren, was gerade



Landwirt\*innen schon immer klar war: Die Abhängigkeit ihrer Produktion von Wetter, Boden, Wasser und Artenvielfalt. Angesichts der Krise von Klima und Artenvielfalt muss es jetzt absolute Priorität haben, die Lebensmittelproduktion, ja die gesamte Landnutzung weltweit in die naturgesetzlich festgelegte planetare Tragfähigkeit zurückzubringen.

Die Art und Weise, wie wir aus den Böden unseres Planeten Lebensmittel, Energie und Rohstoffe aller Art herausholen, muss in den nächsten zwanzig Jahren naturverträglich und klimaneutral werden. Es reicht dabei nicht, die Zerstörung der Artenvielfalt in unserer Agrarlandschaft zu stoppen. Viele Insekten- und Vogelarten, Moore, Gewässer und unsere Meere sind durch die exzessive Agrar-Ausbeutung der letzten Jahrzehnte bereits in einen desolaten, degradierten Zustand geraten und müssen durch ein großes Renaturierungsprogramm wieder in die Lage versetzt werden, sich zu erholen und die Leistungen zu erbringen, von denen die Landwirtschaft und wir alle in Zukunft abhängen werden.

Die Landwirtschaft der Zukunft wird keine Rücksicht auf Romantik nehmen können. Wir wissen nicht, inwieweit die weiterhin notwendige Massenproduktion von Lebensmitteln durch technischen Fortschritt entkoppelt werden kann von der Belastung unserer Umwelt und Natur. Vielleicht wird unser Essen zum großen Teil in geschlossenen industriellen Systemen auf Insekten- oder Algenbasis hergestellt werden – während „draußen“ mehr Platz ist für die Produktion von Ökosystemleistungen, für die Artenvielfalt, den Hochwasserschutz, die Bindung von Treibhausgasen auf schonend genutzten Mooren und Weideflächen. Vielleicht kommen von dort nur noch hochpreisige Nischen- und Luxusprodukte, Fleisch und Milch von Weidetieren, die im „Hauptberuf“ als Landschaftspfleger tätig sind? Vielleicht liefern die wiedervernässten Moorlandschaften neben ihrer großen Bedeutung für Klima und Artenvielfalt aber auch Platz für Photovoltaik und wertvolle Baustoffe und Medizinprodukte?

Es wäre fahrlässig, allein auf technische Erfindungen und auf Verhaltensänderungen einer großen Mehrheit der Konsument\*innen oder gutmeinenden Unternehmen zu hoffen. So wichtig es ist, Innovationen zu fördern und das eigene Konsumverhalten zu ändern – die Rahmenbedingungen der Agrarpolitik sind derzeit nicht so, dass sich ökologische Innovationen schnell genug durchsetzen können, wie man am Marktanteil von Biolebensmitteln sehen kann, der immer noch weit unter zehn Prozent liegt.

Die Politik muss den gesetzlichen Rahmen und viel stärkere finanzielle Anreize setzen, damit das passieren kann, was inzwischen überwältigender Konsens der Wissenschaft ist: Wir müssen unsere knappen landwirtschaftlichen Flächen viel effizienter und dabei naturverträglich bewirtschaften. Und das bedeutet vor allem die Produktion tierischer Produkte massiv herunterzufahren. Aktuell werden, nach Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, nur auf etwa 22 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands Nahrungsmittel angebaut, aber auf fast 60 Prozent Futter für Tiere und auf weiteren 14 Prozent Energiepflanzen. Höchstens zwei Prozent stehen der Natur als nicht-bewirtschaftete Regenerationsflächen zur Verfügung. Diese Verhältnisse müssen sich drastisch ändern. Mindestens ein Zehntel der Flächen muss laut EU-Biodiversitätsstrategie frei von Bewirtschaftung bleiben, damit sich Insekten und Vögel erholen können. Ansonsten sind Bestäubung und natürliche Schädlingsbekämpfung gefährdet. Entgegen allen Unkenrufen können wir uns das leisten, ohne dass sich die Supermarktregale leeren oder wir abhängiger von Importen werden. Auch der „Input“ aus Pestiziden und Düngemitteln ließe sich deutlich zurückfahren, und zwar nicht nur durch digitale Techniken, sondern vor allem durch eine weniger intensive Produktion. Wir müssen unser wertvolles Agrarland dazu nutzen, mehr naturverträgliche Lebensmittel herzustellen – und weniger Futter- und Energiepflanzen. Bioenergie sollte ausschließlich aus Reststoffen erzeugt werden und nicht mit der Erzeugung von Nahrungsmitteln oder langlebigeren Rohstoffen, die wir künftig auch zunehmend pflanzlich erzeugen müssen, konkurrieren.

Schließlich können wir auch effizienter werden, wenn wir die Verschwendung und die Verluste von Lebensmitteln endlich wirksam reduzieren, die laut Welternährungsorganisation rund ein Drittel der globalen Produktion ausmachen: rund 12 Millionen Tonnen in Deutschland. Nach Daten des Bundeslandwirtschaftsministeriums von 2019 fällt die Hälfte davon in Privathaushalten an, mit 75 Kilogramm pro Einwohner\*in.

Bei den tiefgreifenden Veränderungen, die auf uns zukommen, wird es darauf ankommen, allen Akteuren faire soziale Bedingungen im Übergang zu schaffen, den Agrarbetrieben wie auch einkommensschwachen Haushalten. Wir alle werden als Steuerzahler\*innen und Verbraucher\*innen weiterhin viel Geld in die Hand nehmen für die Landwirtschaft. Es sollte ab jetzt nur noch in eine naturverträgliche und klimaneutrale Zukunft investiert werden.

Die Landwirtschaft von morgen wird anders aussehen – aber vielleicht wird die Geschichte doch noch irgendwie romantisch. Wenn wir es in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren schaffen, durch mutiges und radikales Umsteuern auf unserem zerbrechlichen blauen Planeten „die Kurve zu kriegen“, dann können unsere Kinder und Enkel mit Freude auf das zurückblicken, was in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts gelungen ist. Nichts weniger als die Rettung ihrer Welt. Wenn das kein Stoff für ein Gedicht ist.

## Quellen

<sup>1</sup> Reichholf, J. (2007): Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.

<sup>2</sup> Deutscher Bauernverband (2020): Situationsbericht 2019/20.

<sup>3</sup> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2019 / Statistisches Bundesamt (2019): Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern.

<sup>4</sup> The New York Times. The Money Farmers. How Oligarchs and Populists Milk the E.U. for Millions. 3.11.2019.

<sup>5</sup> Gerlach, B., R. Dröschmeister, T. Langgemach, K. Borkenhagen, M. Busch, M. Hauswirth, T. Heinicke, J. Kamp, J. Karthäuser, C. König, N. Markones, N. Prior, S. Trautmann, J. Wahl & C. Sudfeldt (2019): Vögel in Deutschland – Übersichten zur Bestandssituation (Nationaler Vogelschutzbericht). DDA, BfN, LAG VSW, Münster.

<sup>6</sup> Czybulka D. et al (2021): Ein Landwirtschaftsgesetz für Deutschland im Zeichen von Umweltschutz und Biodiversität – Notwendigkeit, Funktion und Leitbild.

<sup>7</sup> Oppermann, R. (2021): Der Nationale Strategieplan Deutschlands in der Gemeinsamen Agrarpolitik 2023-2027 und die Biodiversitätsziele des Green Deal. Studie des Instituts für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB) für den NABU.

<sup>8</sup> Grethe, H. et al. (2021): Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands: Die drei zentralen Handlungsfelder auf dem Weg zur Klimaneutralität. Gutachten für die Stiftung Klimaneutralität. / Sorg, D. et al. (2021): Perspektiven für eine umweltverträgliche Nutztierhaltung in Deutschland. Umweltbundesamt Texte 33/2021.

<sup>9</sup> Zahlen aus Grethe, H. et al. (2021): Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands: Die drei zentralen Handlungsfelder auf dem Weg zur Klimaneutralität. Gutachten für die Stiftung Klimaneutralität.

<sup>10</sup> Europäischer Rechnungshof (2021): Gemeinsame Agrarpolitik und Klima: Landwirtschaft erhält Hälfte der Klimaschutz Ausgaben der EU, aber Emissionen gehen nicht zurück. Sonderbericht 16/2021.

<sup>11</sup> Gerlach, B., R. Dröschmeister, T. Langgemach, K. Borkenhagen, M. Busch, M. Hauswirth, T. Heinicke, J. Kamp, J. Karthäuser, C. König, N. Markones, N. Prior, S. Trautmann, J. Wahl & C. Sudfeldt (2019): Vögel in Deutschland – Übersichten zur Bestandssituation (Nationaler Vogelschutzbericht). DDA, BfN, LAG VSW, Münster.

<sup>12</sup> Zukunftskommission Landwirtschaft (2021): Zukunft Landwirtschaft: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft.